

# Erster Bericht über Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung

**Berichtszeitraum 2002/2003**

**Erstellt von der Geschäftsstelle**

**Gender Mainstreaming**

***Dr. Ute Weinmann, Berlin 2003***

**[www.berlin.de/gendermainstreaming](http://www.berlin.de/gendermainstreaming)**

# Erster Bericht über Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung

(Berichtszeitraum 2002/2003)

## Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung .....	2
<b>1. Strukturen und Voraussetzungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung .....</b>	<b>2</b>
1.1 Geschäftsstelle Gender Mainstreaming .....	2
1.2 Landeskommision Gender Mainstreaming .....	3
1.3 Bezirkliches Steuerungsgremium .....	4
1.4 Fortbildungen und Schulungen .....	4
Senatorinnen/Senatoren, Staatssekretärinnen/Staatsekretäre	
Oberste Führungskräfte	
Multiplikatorinnen und Multiplikatoren	
Aufstaktveranstaltungen/Workshops/hausinterne Fortbildungen	
Externe Organisationsberatung für Pilotprojekte	
Fortführung der Fortbildung auf allen Hierarchieebenen	
1.5 Strukturen der Implementierung (Schaubild) .....	8
1.6 Genderspezifische Infrastruktur in Pilotverwaltungen.....	9
Top-Down-Prinzip	
Genderbeauftragte/Projektverantwortliche	
Lenkungsgremien/Steuerungsgruppen	
<b>2. Pilotprojekte auf Senats- und Bezirksebene .....</b>	<b>11</b>
Tabelle im Überblick .....	18
<b>3. Gender Budget .....</b>	<b>19</b>
Schlussbemerkung .....	19

## Vorbemerkung

- Die Förderung der Gleichstellung von Frauen ist integraler Bestandteil der gesamten Berliner Politik und Verwaltung. Den Erfahrungen anderer europäischer Länder sowie anderer Bundesländer folgend, in denen Gender Mainstreaming seit einigen Jahren implementiert wird, hat der Senat mit seinen in 2002 und 2003 gefassten Beschlüssen (SB Nr. 225/02 v. 14. Mai 2002, SB Nr. 720/02 v. 26. November 2002, SB Nr. 948/03 v. 4. März 2003) wesentliche Weichenstellungen zur institutionellen Verankerung von Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung getroffen. Mit ihr werden alle gleichstellungspolitischen Aktivitäten quantitativ und qualitativ auf eine breitere Grundlage als bisher gestellt. Koordinierende Stelle auf Landesebene ist die im Januar 2003 eingerichtete Geschäftsstelle Gender Mainstreaming.

Die Einführung und Umsetzung des Gender Mainstreaming bedeutet, dass alle politischen und administrativen Maßnahmen von vornherein und regelmäßig dahingehend zu prüfen sind, wie sie sich auf die Lebensbedingungen und Interessen von Frauen und Männern auswirken. Somit ist die Kategorie „Geschlecht“ als relevantes soziales Differenzierungskriterium in alle Politik- und Verwaltungsfelder zu integrieren. Gender Mainstreaming geht davon aus, dass die bestehenden sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern strukturell bedingt sind und Geschlechterdemokratie deshalb mehr ist als die Herstellung statistischer Gleichheit. Gender Mainstreaming bezieht Männer als gleichstellungspolitische Akteure explizit ein und ist folglich als ein Ansatz zur Neugestaltung der Geschlechterverhältnisse zu verstehen. Insofern sich die Politik des Gender Mainstreaming primär an Verwaltungsorganisationen richtet, impliziert sie zudem eine Qualitäts-, Effektivitäts- und Effizienzsteigerung des Verwaltungshandels insgesamt.

Im Folgenden wird aufgezeigt, wie der Senat die Implementierungsprozesse in der Praxis angeht und welche organisationssoziologischen Entwicklungen vor und seit dem offiziellen Start der einjährigen Pilotphase im April 2003 zu konstatieren sind.

## 1. Strukturen und Voraussetzungen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung

### 1.1 Geschäftsstelle Gender Mainstreaming

Bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen ist im Januar 2003 eine auf drei Jahre befristete Geschäftsstelle Gender Mainstreaming als Stabsstelle eingerichtet worden. Sie erhielt eine Personalausstattung, die sich auf vier Mitarbeiterinnen (davon zwei teilzeitbeschäftigt) und einen Mitarbeiter verteilt. Zum Aufgabenspektrum der Geschäftsstelle zählen:

- Weiterentwicklung und Vermittlung des Berliner Konzeptes Gender Mainstreaming
- Fachlich-inhaltliche Betreuung, Koordination und Evaluation des landesweiten Implementierungsprozesses
- Geschäftsführung der Berliner Landeskommision Gender Mainstreaming
- Koordinierung des bezirklichen Steuerungsgremiums
- Ansprechpartnerin für die in der Umsetzungsphase befindlichen Organisationseinheiten bzw. Pilotprojekte
- Beratung und Koordination bei Erstellung der geschlechter-differenzierten Statistik und Datenerhebung
- Berichterstattung an das Abgeordnetenhaus
- Information, Veranstaltungen, Fortbildungen, Öffentlichkeitsarbeit
- Integration des Gender Mainstreaming in Verwaltungsreformprozesse

In den ersten Monaten ihrer Arbeit hat die Geschäftsstelle vorrangig die wichtigsten administrativen, konzeptionellen und kooperativen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Implementierungsprozesse des Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung landesweit koordiniert und vernetzt wurden und die einjährige Pilotphase im April 2003 transparent und zielorientiert beginnen konnte.

Dazu zählen u.a. ressortübergreifende Koordinationstreffen, Schulungen, Fortbildungen und Informationsveranstaltungen; Kooperationen auf EU-, Bundes-, Landes- und Bezirksebene; Herstellung und Bereitstellung von Informationsmaterialien und fachspezifischen Beiträgen; politisch-administrative Vorbereitung der Einrichtung zentraler Lenkungs- und Steuerungsgremien; Geschäftsführung der Landeskommission; Koordinierung der bezirklichen Treffen; Institutionalisierung von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten (Genderbeauftragte auf Landes- und Bezirksebene); Beantragung des Reformprojektes zur Neuordnungsagenda 2006: „*Implementierung des Gender Mainstreaming in Pilotprojekten der Senats- und Bezirksverwaltungen*“ (externe Organisationsberatung für Pilotprojekte vor Ort).

Die inhaltliche Arbeit der Geschäftsstelle wird sich im nächsten Schritt (in enger Kooperation mit den zentralen Steuerungs- und Lenkungsgremien sowie den Pilotprojekten und allen an einer effektiven Umsetzung des Gender Mainstreaming beteiligten Akteurinnen und Akteuren) auf sogenannte genderanalytische Instrumente konzentrieren. Dazu zählt die Koordination (und Bestandsaufnahme) geschlechter-differenzierter Statistiken und Datenerhebungen sowie die Erarbeitung bzw. Abstimmung genderspezifischer Methoden wie Checklisten, Gleichstellungsprüfungen etc. Des Weiteren wird das Thema „Gender Budget“ hohe Priorität erhalten.

## 1.2 Landeskommission Gender Mainstreaming

Durch Beschluss vom 4. März 2003 hat der Senat die Einsetzung der Landeskommission Gender Mainstreaming beschlossen (SB Nr. 948/03 ). Dadurch wird der Bedeutung und Dimension des gesamten Verfahrens entsprochen und die Initiativ-Rolle der politisch Verantwortlichen in diesem Prozess bekräftigt. Die Berliner Kommission stellt gegenüber vergleichbaren Einrichtungen auf Landes- und Bundesebene ein Novum dar. Gemäß der Erkenntnis, dass dieses Politikfeld als Voraussetzung für erfolgreiches Gender Mainstreaming wie kein anderes eine „Top-Down-Strategie“ verlangt, gehören der Kommission Staatssekretärinnen und Staatssekretäre verschiedener Ressorts an.

Der Kommissionsauftrag lautet:

„Die Landeskommission steuert den Prozess der Implementierung von Gender Mainstreaming in der Berliner Verwaltung. Sie trifft die operativen Entscheidungen in diesem Zusammenhang, sorgt für die Verzahnung der Umsetzungsmaßnahmen auf allen Ebenen der Verwaltung und für deren konzeptionelle Entwicklung. Sie hat die Aufgabe, die kontinuierliche Weiterentwicklung der Zielsetzungen von Gender Mainstreaming zu gewährleisten und deren Erreichung zu überwachen.“

Die Kommission setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

1. Die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der vier Pilotverwaltungen: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (Vorsitz), Senatsverwaltung für Justiz, Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung; je ein Staatssekretär bzw. eine Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Inneres und der Senatsverwaltung für Finanzen
2. Drei durch den Rat der Bürgermeister (RdB) benannte Vertreterinnen: (Charlottenburg-Wilmersdorf, Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg)

3. Wissenschaftlerin der Universität Potsdam
4. Leitung der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming
5. Hauptschwerbehindertenvertretung des Landes Berlin
6. Hauptpersonalrat
7. Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
8. Landesarbeitsgemeinschaft der gewählten Frauenvertreterinnen in den Dienststellen des Landes Berlin
9. Vertreter aus dem Bereich Modernisierung der Berliner Verwaltung bei der Senatsverwaltung für Finanzen
10. Landesfrauenrat Berlin e. V. (NGO)
11. Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt in Berlin (NGO)

Da sich die Landeskommission am 22. Mai 2003 unter Vorsitz der Staatssekretärin für Arbeit und Frauen konstituiert hat, kann bereits Erstes zur Absteckung der Arbeitsschwerpunkte im engeren Sinne gesagt werden. Die Kommission sah die Notwendigkeit, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und diejenigen Themen gezielt zu bearbeiten, die für eine kritische Begleitung, Weiterentwicklung und Unterstützung der eingeleiteten Umsetzungsprozesse von Gender Mainstreaming unabdingbar sind. Dies sind vor allem:

- Finanzpolitische Instrumente des Gender Mainstreaming (Gender Budget)
- Geschlechter-differenzierte Statistiken und Datenerhebung
- Genderspezifische Infrastruktur in den Pilotverwaltungen
- Gender Mainstreaming und Verwaltungsreform

### **1.3 Bezirkliches Steuerungsgremium**

Auf der bezirklichen Ebene finden regelmäßig Treffen mit den acht Bezirksverwaltungen, in denen Pilotprojekte durchgeführt werden, statt. Für eine Mitarbeit konnten sowohl politisch Verantwortliche und oberste Führungskräfte als auch bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte gewonnen werden. Die enge Zusammenarbeit dient dazu, die Umsetzungsprozesse auf der bezirklichen Ebene konstruktiv zu verbinden und zu steuern und gleichzeitig einen kontinuierlichen Informationsfluss und Erfahrungsaustausch zwischen den zahlreichen bezirklichen Pilotfeldern zu entwickeln. Die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming koordiniert diese Treffen.

### **1.4 Fortbildungen und Schulungen**

Soll Gender Mainstreaming erfolgreich eingeführt und umgesetzt werden, müssen Fortbildungsveranstaltungen und Schulungen zum Gender Mainstreaming für die verschiedenen Hierarchie- und Fachebenen einer Verwaltungsorganisation gezielt angeboten werden. Das Berliner Umsetzungskonzept sieht im Sinne der „Top Down-Strategie“ vor, zuerst die politisch Verantwortlichen und obersten Führungskräfte und erst in einer späteren Phase weitere Zielgruppen – etwa Multiplikatorinnen und Multiplikatoren oder Fachexpertinnen und Fachexperten – genderspezifisch zu qualifizieren. Dementsprechend konnten inzwischen folgende Veranstaltungen realisiert bzw. geplant werden.

1. Im April 2003 wurde am Institut für Verwaltungsmanagement (IVM) damit begonnen, zunächst die obersten Führungskräfte aus den sogenannten Pilotverwaltungen im Rahmen von eintägigen Veranstaltungen genderspezifisch zu sensibilisieren, zu motivieren und zu qualifizieren. Zu ihnen zählten Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter sowie Referatsleiterinnen und Referatsleiter aus den Senatsverwaltungen für Justiz, für Stadtentwicklung, für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, für Wirtschaft, Arbeit und Frauen.

2. Im Mai 2003 wurde eine analoge Veranstaltung für die politisch Verantwortlichen und obersten Führungskräfte der Bezirksverwaltungen durchgeführt. Sie richtete sich an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Stadträtinnen und Stadträte, LuV- bzw. Amtsleiterinnen und -leiter aus den Pilotbezirken: Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Mitte, Pankow, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick, Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg.

Für diese erste intensive Fortbildungsphase im April/Mai 2003 konnte ein renommiertes geschlechterparitätisch zusammengesetztes Expertenteam gewonnen werden, das in Kooperation mit der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming die Veranstaltungen am IVM durchführte. Ziel der jeweils eintägigen Schulungen war es, über Gender Mainstreaming als Konzept der Europäischen Union zu informieren und erste Handlungsstrategien zur Implementierung in der Verwaltung zu entwickeln. Fokussiert wurden folgende Themenblöcke:

- Gender Mainstreaming als neues gleichstellungspolitisches Konzept
- Strategien, Methoden und Umsetzungserfahrungen anhand von fach- und personalpolitischen Beispielen
- Beschlusslage, Struktur und Stand der Umsetzung des Gender Mainstreaming in der Berliner Verwaltung
- Erarbeitung von Umsetzungsmöglichkeiten im Zuständigkeitsbereich der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

3. Die Mitglieder des Senats haben sich am 13. Mai 2003 im Rahmen einer zweistündigen Sitzung über den Stand und die weitere Implementierung des Gender Mainstreaming in der Berliner Verwaltung verständigt. Hinzugezogen wurde eine externe Organisationsberatungsfirma, deren Ziel es war, den Senat umfassend über die relativ neue Politik des Gender Mainstreaming zu informieren und anhand ausgewählter Beispiele erreichte Erfolge und bestehende Hemmnisse zu vermitteln. Dabei wurde auch ein inhaltlicher Bezug zu Gender Budget hergestellt. In der Diskussion mit den Senatsmitgliedern wurde erneut besonders herausgearbeitet, dass sich Gender Mainstreaming nicht auf eine statistische Gleichstellung der Geschlechter beschränken darf. Vielmehr müsse ein ganzheitlicher und integrativer Ansatz praktiziert werden, der langfristig und ernsthaft umgesetzt wird und eine permanente Unterstützung der politisch Verantwortlichen voraussetzt.

4. Eine analoge Kompaktveranstaltung wird voraussichtlich im August 2003 für alle Staatssekretärinnen und Staatssekretäre realisiert werden können.

5. Für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, ein noch näher zu identifizierender Personenkreis, ist eine dreitägige Fortbildung am Institut für Verwaltungsmanagement nach der Sommerpause 2003 vorgesehen.

6. Im Vorfeld oder in zeitlicher Nähe zu den genannten Fortbildungsveranstaltungen am Institut für Verwaltungsmanagement haben einige Verwaltungen damit begonnen, sowohl ihre Führungskräfte als auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hausintern über Gender Mainstreaming als neue Strategie der Gleichstellungspolitik zu informieren und zu schulen. Hinzugezogen wurde in vielen Fällen externer Sachverstand.

Beispielsweise hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung neben zwei allgemeinen Informationsveranstaltungen eine Auftaktveranstaltung bzw. einen ganztägigen Workshop für alle Beteiligten des Pilotvorhabens durchgeführt. Im Vordergrund standen dabei Fragen wie: Was soll Gender Mainstreaming bewirken (Ziele)? Wie erfolgt die Umsetzung? Was bedeutet dies für die eigene Pilotverwaltung? Was sind die nächsten Arbeitsschritte in den Pilotbereichen?

Die Senatsverwaltung für Justiz führte ebenfalls bereits im Dezember 2002 zwei Veranstaltungen zur Einführung von Gender Mainstreaming für Führungskräfte durch. Hinzu kamen weitere Fortbildungen für die Leitungen „Personal und Verwaltung“, für die Sozialpädagogische Abteilung und für die Frauenvertreterinnen des Justizvollzuges. Mit einer jeweils eintägigen Schulung „Gender Mainstreaming und was sich dahinter verbirgt“ hat schließlich im Mai bzw. Juni 2003 die Pilotphase für die Organisationsbereiche der Senatsverwaltung für Justiz begonnen, die Gender Mainstreaming modellhaft erproben wollen (Justizvollzugsanstalt Düppel und Jugendarrestanstalt Berlin). Ab Herbst 2003 werden für alle Dienstkräfte des Berliner Justizvollzuges zwei weitere Einführungsveranstaltungen über Gender Mainstreaming stattfinden.

Auch bei der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz hat im Mai 2003 in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming eine Auftaktveranstaltung zum Gender Mainstreaming innerhalb der Abteilungsleitungsrunde stattgefunden. In das laufende, ressortinterne Fortbildungsangebot sollen zukünftig entsprechende Veranstaltungen integriert werden.

Des Weiteren gab es bei der Senatsverwaltung für Finanzen eine hausinterne Schulung, die innerhalb einer hierarchieübergreifend zusammengesetzten Gruppenkonstellation durchgeführt wurde. Auch hier wurde externes Expertenwissen hinzugezogen.

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen hat über Gender Mainstreaming als Schwerpunktthema der Abteilungsleitungsrunde mehrfach diskutiert. Hier ging es vor allem darum, über Gender Mainstreaming zu informieren, ein konkretes, abteilungsübergreifendes Pilotprojekt zu identifizieren und über den Aufbau einer hausinternen GM-Infrastruktur zu beraten. Einführende und gezielte Gender-Fortbildungen (auch hausintern) werden folgen.

In den Bezirksverwaltungen sind z. T. ähnliche Prozesse abgelaufen. So hat beispielsweise die bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte von Friedrichshain-Kreuzberg die LuV- und SE -Leitungen sowie andere Beschäftigte des Bezirksamtes im Rahmen einer Einführungsveranstaltung über die Implementierung des Gender Mainstreaming in die Verwaltung informiert.

7. In fast allen Ressorts und Bezirksverwaltungen wurden umfangreiche Informationsmaterialien in die Pilot-Abteilungen gegeben. Darunter war die von der Bundesregierung herausgegebene Broschüre „*Gender Mainstreaming*“ sowie die von der Fraktion der PDS im Abgeordnetenhaus herausgegebene Broschüre „*Gender Mainstreaming im Verwaltungshandeln*“ und zahlreiches, von der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming zusammengestelltes Informationsmaterial.

8. Nachdem sich gezeigt hat, dass eine fundierte Genderkompetenz nicht allein im Rahmen von allgemeinen Einführungsveranstaltungen generiert werden kann und Bedarf an vertiefenden Gender-Trainings sowie einer wissenschaftlichen Begleitung besteht, wurden in Verbindung mit dem Prozess der Verwaltungsmodernisierung (Neuordungsagenda 2006) zusätzliche Ressourcen für Weiterqualifizierungen durch die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming beantragt. Der entsprechende Reformprojektantrag „*Implementierung des Gender Mainstreaming in Pilotprojekten der Senats- und Bezirksverwaltungen*“ ist auf Initiative der vier Pilotverwaltungen auf Senatsebene entstanden. In seiner 11. Sitzung am 12. Mai 2003 hat der *StS-Ausschuss für die Steuerung des Modernisierungsprozesses* die Finanzierung der beantragten Maßnahme aus Kapitel 2908 beschlossen. Somit stehen in

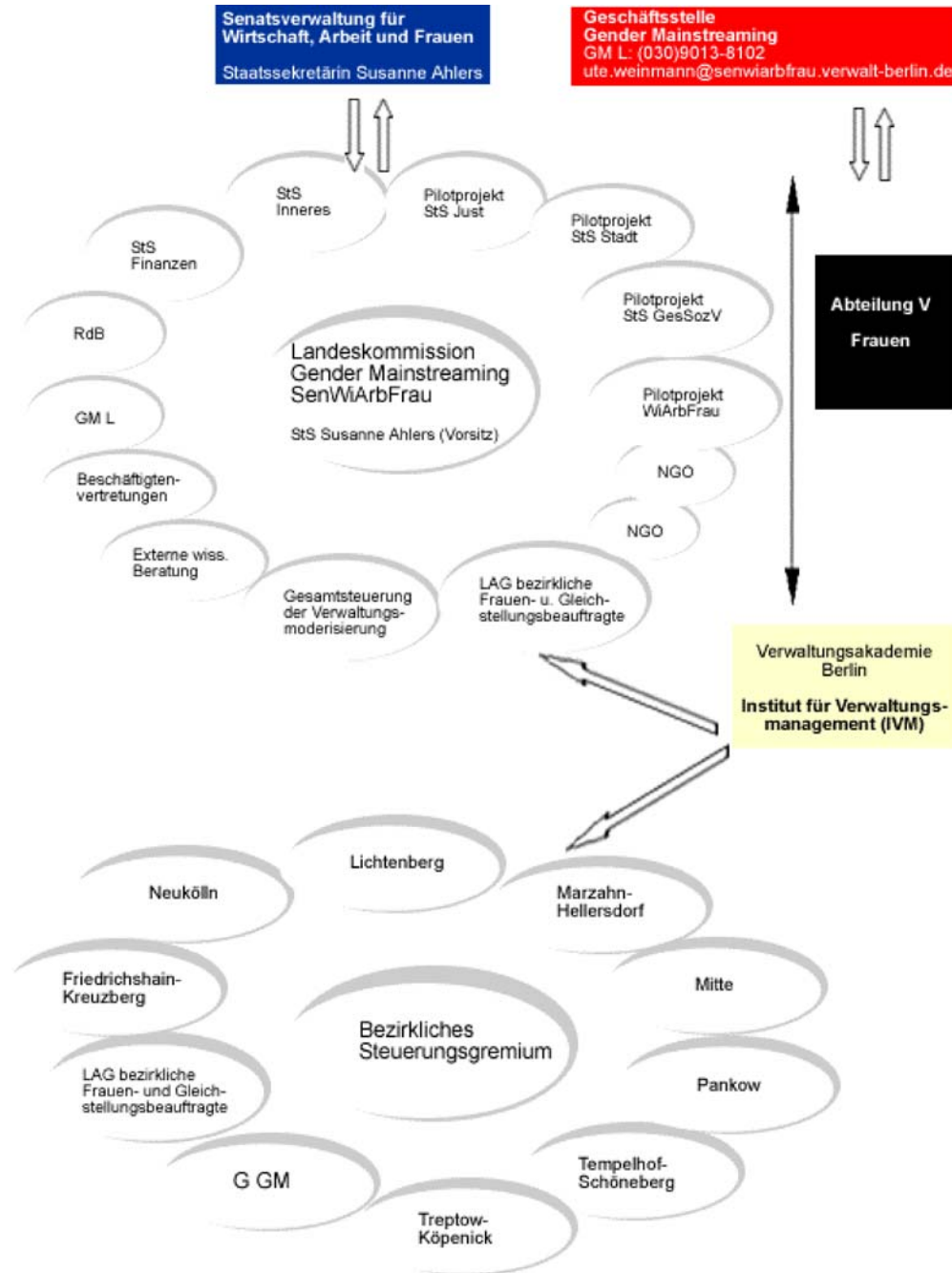
2003 40.000 € für eine externe Organisationsberatung der Akteurinnen und Akteure in den Pilotprojekten (direkt vor Ort) zur Verfügung.

Mittels der externen Organisationsberatung ist Folgendes in den Pilotprojekten intendiert: Fortlaufende Sensibilisierung, abgestimmte Qualifizierung und Unterstützung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Gender Mainstreaming in den Pilotprojekten auf Senats- und Bezirksebene praktizieren. Fachliche und prozessorientierte effektive Unterstützung bei der Erfolgskontrolle und Evaluation einer auf einen längeren Modernisierungsprozess angelegten Maßnahme. Die Organisationsberatung für jeweils ein Pilotprojekt soll methodisch-konzeptionell wie folgt durchgeführt werden:

- Infoveranstaltung zu den Grundlagen des Gender Mainstreaming für Pilotbereiche
- Entwicklung von persönlicher und fachspezifischer Genderkompetenz (3-tägiges Gender Training)
- Hinzuziehung von „flying experts“ für sechs Monate (6 Termine mit 2 Doppelstunden)
- Unterstützung der Erfolgskontrolle und der Evaluation (2 halbtägige Termine)

9. Unabdingbar ist mit Beginn der zweijährigen Hauptphase (2004), an der alle Verwaltungen mit mindestens einem Pilotprojektbereich teilnehmen werden, ein hoher Fortbildungsbedarf verbunden. Zusätzlich gilt es, für die Verwaltungen, die bereits an der Pilotphase mitgewirkt haben, das gewonnene Gender-Wissen zu festigen und auszubauen. Vor diesem Hintergrund ist absehbar, dass in 2004/2005 ein höherer Fortbildungsbedarf bestehen wird als in diesem Jahr. Insofern muss sichergestellt werden, dass für systematische Qualifizierungsreihen bzw. -angebote zu dem Themenblock Gender Mainstreaming entsprechende finanzielle Mittel in 2004 und den Folgejahren (insbesondere beim Institut für Verwaltungsmanagement) zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass das Institut für Verwaltungsmanagement bereits begonnen hat, Dozentinnen und Dozenten genderspezifisch zu qualifizieren. Um Gender Mainstreaming jedoch effektiv anwenden und mit anderen Fachkompetenzen verbinden zu können, sind hohe Professionalität und Flexibilität nicht nur bei den obersten Führungskräften, sondern auch bei allen anderen Beschäftigten der Berliner Verwaltung erforderlich. Insofern sind alle bisherigen Qualifizierungsansätze zu verstärken. Angesichts der erheblichen finanziellen Einschnitte, die die Verwaltungsakademie und das IVM in den letzten Jahren erfahren mussten, sollte Gender Mainstreaming mittel- bzw. langfristig in das breit gefächerte und differenzierte (allgemeine) Fortbildungsangebot des IVM und der Verwaltungsakademie systematisch integriert werden.

### 1.5 Strukturen der Implementierung (Schaubild)



## 1.6 Genderspezifische Infrastruktur in Pilotverwaltungen

Neben der Herstellung von Genderkompetenz muss die Verantwortung für die ressortspezifische Umsetzung des Gender Mainstreaming gemäß der „Top-Down-Strategie“ bei den politisch Verantwortlichen und obersten Führungskräften angesiedelt sein. Im Berliner Umsetzungskonzept sind verschiedene Bausteine enthalten, die zur Institutionalisierung entsprechender Strukturen und Kommunikationsprozesse auf den jeweiligen politischen und administrativen Führungsebenen beitragen (s.o. u.w.u.). Aber auch unterhalb der obersten Führungsebene sind klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten konkret zu regeln und überdies kooperative Arbeitsstrukturen so aufzubauen, dass in den Senatsressorts und Bezirksverwaltungen sichergestellt wird, dass die Implementierungsprozesse des Gender Mainstreaming transparent, verbindlich und koordiniert verlaufen. Unter dieser Voraussetzung können (neue) innerorganisatorische Kommunikationsprozesse entstehen, die das Klima zwischen den Beschäftigten verbessern und bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming zu beträchtlichen Innovations- und Effektivitätsschüben führen.

Die diesbezüglichen Instrumente reichen in den Berliner Pilotverwaltungen von Lenkungs- und Steuerungsgruppen, Arbeits- und Projektgruppen bis hin zu Genderbeauftragten. Dabei ist von besonderer Relevanz, dass auf eine geschlechtsheterogene Zusammensetzung geachtet wird und die Verantwortlichkeit für die Koordinierung der hausinternen Gender Mainstreaming-Prozesse nicht einseitig an die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten oder Frauenvertreterinnen delegiert wird. Die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming hat hier aufklärend interveniert und wesentlich dazu beigetragen, dass zum einen männliche oberste Führungskräfte als Genderbeauftragte in Pilotverwaltungen fungieren und zum anderen überwiegend jeweils zwei Personen, nämlich eine Frau und ein Mann, diese Funktion ausüben. Hinzu kommen Projektverantwortliche, die die konkrete administrative Umsetzung des Gender Mainstreaming in einem speziellen Bereich (z. B. Sportförderung, Jugendamt/Jugendfreizeitheim, Strafvollzug odgl.) modellhaft erproben.

Nach aktuellem Stand kann bezüglich der Benennung von Genderbeauftragten in den Pilotverwaltungen folgendes Ergebnis festgehalten werden:

Pilotverwaltung/Pilotbezirk	Genderbeauftragte
Senatsverwaltung für Justiz	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stellvertretende Abteilungsleiterin</li> <li>▪ Abteilungsleiter</li> </ul>
Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Abteilungsleiter</li> <li>▪ Steuerungsdienst (w)</li> </ul>
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Abteilungsleiter</li> <li>▪ Steuerungsdienst (w)</li> </ul>
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Abteilungsleiter</li> <li>▪ Referatsleiter</li> </ul>
Bezirksamt Lichtenberg	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stadträtin</li> <li>▪ LuV-Leiter</li> </ul>
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bezirksbürgermeisterin</li> <li>▪ Stadtrat</li> </ul>
Bezirksamt Neukölln	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Frauenbeauftragte</li> <li>▪ Amtsleiter</li> </ul>
Bezirksamt Mitte	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bürgermeister</li> <li>▪ Fachbereichsleiterin</li> </ul>
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stadträtin</li> <li>▪ LuV-Leiterin</li> <li>▪ Sozialamtsleiter</li> </ul>
Bezirksamt Pankow	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stadträtin</li> </ul>
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bürgermeister</li> <li>▪ Stadträtin</li> </ul>
Bezirksamt Treptow-Köpenick	

## **Lenkungsgruppen und Steuerungsgruppen**

Exemplarisch sei hier vor allem auf das Lenkungsremium (8 Frauen/3 Männer) bei der **Senatsverwaltung für Stadtentwicklung** verwiesen, das von der Staatssekretärin für Bauen und Wohnen geleitet wird. Diesem Gremium gehören die Pilotabteilung, eine weitere Abteilung mit Schnittstelle zum Pilotvorhaben, der Steuerungsdienst, die Geschäftsstelle des Frauenbeirats, der Frauenbeirat, der Personalrat, die Frauenvertreterin und der Schwerbehindertenvertreter an. Die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming wird zu den Sitzungen des Lenkungsremiums ebenfalls eingeladen. Die Arbeitsgruppe innerhalb der Fachabteilung tagt regelmäßig und ist geschlechterparitätisch besetzt.

Hervorzuheben ist auch die **Lichtenberger Steuerungsgruppe Gender Mainstreaming**, die sich am 16.05.2003 konstituiert hat. Das Gremium tagt unter Leitung der Bezirksbürgermeisterin. Weitere ständige Mitglieder sind die beiden Gender-Beauftragten, die Leitung Personal/Finanzen, die Leitung des Steuerungsdienstes, ein Mitglied des BVV-Gleichstellungsausschusses und die Gleichstellungsbeauftragte. Die Steuerungsgruppe wird unregelmäßig tagen, zum nächsten Mal in der 2. Juliwoche 2003. Ständiges Thema sind die beiden Pilotprojekte. Auch das Thema Gender-Budgeting hat hier bereits hohen Stellenwert (erstes Projekt dazu wird der Sportstättenentwicklungsplan sein).

## 2. Pilotprojekte auf Senats- und Bezirksebene<sup>1</sup>

Im April 2003 erfolgte der offizielle Start der einjährigen Pilotphase, an der sich vier Senatsverwaltungen und acht Bezirke beteiligten. Im Einzelnen sind dies:

- Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz
- Senatsverwaltung für Justiz
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen
  
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg
- Bezirksamt Lichtenberg
- Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
- Bezirksamt Mitte
- Bezirksamt Neukölln
- Bezirksamt Pankow
- Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
- Bezirksamt Treptow-Köpenick

Der Beginn der Pilotphase war dadurch gekennzeichnet, die Pilotbereiche und -projekte, aber auch die Ziele und Qualitätsindikatoren, konkreter zu definieren und die damit verbundenen organisatorischen Rahmenbedingungen und Arbeitsstrukturen zu schaffen. An diese etwa zweimonatige Startphase schließt sich eine Umsetzungsphase von circa 8 Monaten an, in der Gender Mainstreaming sektoriell erprobt wird. In der anschließenden Auswertungsphase (circa 2 Monate) sollen die Projekterfahrungen analysiert und dokumentiert werden. Bei allen Umsetzungen in der Pilotphase wird es darum gehen, aus den konkreten Erfahrungen übertragbare und verallgemeinerbare Ergebnisse zu gewinnen, die dann routinemäßig in die Arbeitsvorgänge der einzelnen Organisationseinheiten bzw. in die im April 2004 beginnende zweijährige Hauptphase einfließen.

### Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

(1 Pilotprojekt)

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat bereits 2002 mit der Umsetzung des Pilotprojektes „**Entwicklung eines Gender-Arbeitsforums am Beispiel der Entwicklung der Innenstadt Berlins als Lebenswelt von Frauen und Männern**“ begonnen. Eine Reihe von Arbeitssitzungen, ein Workshop sowie das unter der Leitung der Staatssekretärin eingerichtete Lenkungsorgane unterstützen den Umsetzungsprozess. Bei dem Pilotprojekt geht es darum, die Themen der Stadtentwicklung mit dem Thema Gender Mainstreaming auf programmatischer Ebene zu verankern und zu operationalisieren. Für das Projekt liegen drei Vorhaben mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen vor:

1. Neues Stadtquartier Chausseestraße (Interessenbekundungsverfahren)
2. Friedrichswerder, Stadthäuser im Zentrum (kooperatives Gutachterverfahren)

<sup>1</sup> Die folgenden Informationen beziehen sich im Wesentlichen auf Zulieferungen der Pilotverwaltungen zum Bericht an das Abgeordnetenhaus. Die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming hatte ein Kategorienraster entwickelt, auf dessen Basis wurden Angaben zu folgenden Aspekten gemacht: 1. Bezeichnung des Pilotprojektes/der Pilotprojekte. 2. Projekthalt. 3. Instrumente/Methoden. 4. Ziel- und Qualitätsindikatoren/Controlling. 5. Organisation und Koordination der Pilotprojekte (Aufbau einer hausinternen genderspezifischen Infrastruktur). Da zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht alle Pilotprojekte identifiziert waren und mit deren Umsetzung noch nicht begonnen werden konnte, mussten die Angaben häufig fragmentarisch bleiben.

### 3. Neugestaltung und Umbau Spittelmarkt/Gertraudenstraße (Investorenauswahlverfahren)

Zielsetzung ist, die gleichstellungspolitische Qualität von stadtentwicklungs- und städtebaulichen Maßnahmen in den Entscheidungen, Planungen und Projekten durch einen geschlechtsdifferenzierten Blick auf Themen und Fragestellungen zu sichern. Spezifische Belange mit Gender-Relevanz sind:

- Wie sind die Möglichkeiten der Rauman eignung – Freiraumansprüche
- und -gestaltung?
- Nutzungsverhalten – Ist die Stadt ein Ort für beide Geschlechter?
- Wie ist die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit für Frauen
- und Männer?
- Trägerformen für öffentliche Grünflächen
- Berücksichtigung von Gender-Kriterien im Ausschreibungsverfahren
- Berücksichtigung von Gender-Kriterien bei der Auswahl der Bieterkonzepte

Als dafür zu entwickelnde Instrumente/Methoden sind vorgesehen:

- Erarbeitung eines Fragen- und Kriterienkataloges
- Recherche vorliegender Statistiken
- Modifizierung von Leitfäden und Checklisten

## **Senatsverwaltung für Justiz**

(2 Pilotprojekte)

Die Senatsverwaltung für Justiz wird zwei Pilotprojekte durchführen in den Bereichen

1. Justizvollzugsanstalt Düppel
2. Jugendarrestanstalt Berlin

Der konkrete Start der Pilotphase begann hier mit den eintägigen Schulungen „Gender Mainstreaming und was sich dahinter verbirgt – eine Einführung“ (im Mai und Juni 2003). Die Veranstaltungen sind für die Bediensteten derjenigen Anstalten vorgesehen, in denen noch näher zu identifizierende Pilotprojekte durchgeführt werden sollen.

Am 8. Mai 2003 fand diese Auftaktveranstaltung in der JVA Düppel statt und wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern positiv angenommen. Allerdings wurde deutlich, dass die Vorteile, die sich mit der Implementierung von Gender Mainstreaming verbinden, noch nicht genügend transparent sind. Dabei spielen Faktoren wie ungenügendes gesellschaftliches und individuelles Problembewusstsein über die Bedeutung der Herstellung von Geschlechterdemokratie, fehlende Kompetenzen in der Reflexion der eigenen Geschlechterrolle im beruflichen Alltag und das Problem des Praxistransfers eine erhebliche Rolle.

Als Konsequenz dieser Schulung werden zeitnah Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalt Düppel mehrere Tage durch das Referat für Aus- und Fortbildung an ihrem Arbeitsplatz begleitet und erhalten Hilfestellung beim Transfer von Gender Mainstreaming in den praktischen Alltag.

Als nächster Schritt soll die hausinterne Projektgruppe Gender Mainstreaming gebildet werden, die gezielt Handlungsfelder bestimmen wird, in denen die Umsetzung von Gender Mainstreaming erprobt werden soll. Mögliche Themenfelder könnten das Freigangswesen, der Arbeitsbetrieb Gärtnerei, die Untersuchung des Krankenstandes in Zusammenarbeit mit der AG Gesundheitsmanagement sowie die Öffentlichkeitsarbeit oder das Formularwesen sein.

## Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

(1 Pilotprojekt)

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz beteiligt sich an der einjährigen Pilotphase mit einem im Gesundheitsbereich angesiedelten Projekt: **Entwicklung einer geschlechtsdifferenzierenden Präventionsstrategie für den Bereich der Inanspruchnahme von Krebsvorsorgeuntersuchungen**. Der Festlegung ging eine gendersensible Analyse des Datenbestandes der Berliner Gesundheitsberichterstattung voraus. Es hat sich herausgestellt, dass diese einen überaus wichtigen und notwendigen Beitrag zur Identifizierung genderrelevanter Handlungsbedarfe leistet. Die Durchführung des GM-Piloten wird mit dem hausinternen Personalentwicklungsprogramm *Kompetenz Plus* verbunden. Diese Kombination unterstreicht, dass der Aufbau der Genderkompetenz als integraler Bestandteil der Führungskräftequalifizierung gesehen wird. Es wird bei der Durchführung des GM-Piloten großer Wert auf ein transparentes und angebotsorientiertes Vorgehen im Haus gelegt. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag bisher auf der hausinternen Sensibilisierung und Informationsarbeit und der Bildung von Arbeitsstrukturen für die Implementierung von Gender Mainstreaming. Eine referatsübergreifende Gender Mainstreaming AG, die auch den Kontakt zur hausinternen Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung“ knüpfen soll, wird einberufen. Als wichtige Schritte zur Durchführung des Pilotprojektes wurden definiert:

- Entwicklung eines spezifischen Projektplans
- Externen Sachverstand hinzuziehen
- Erarbeitung Gender Mainstreaming-orientierter Arbeitshilfen/Checklisten
- Prüfung der Übertragbarkeit auf Routineprozesse

## Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen

(1 Pilotprojekt)

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen hat entschieden, den nächsten **Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht** unter Berücksichtigung zentraler Aspekte und Kriterien des Gender Mainstreaming zu erstellen. Das intendierte gleichstellungspolitische Ziel ist die Verbesserung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen und die geschlechtergerechte Teilhabe von Männern und Frauen an allen Bereichen des Arbeitsmarktes und der Wirtschaftsförderung. Dieser Prozess, Gender Mainstreaming exemplarisch im jährlich herausgegebenen Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht umzusetzen, wird abteilungsübergreifend organisiert.

Zwecks Koordinierung und Aufbau einer hausinternen Infrastruktur wird unter der Leitung des Genderbeauftragten eine Projektgruppe eingerichtet, die zunächst den vorliegenden Bericht analysiert und mit Rekurs auf erfolgreich erprobte Instrumente, Methoden und Verfahrensweisen Kriterien für die Erstellung des künftigen Berichtes erarbeitet (z.B. angelehnt an Sechs-Schritte-Konzept oder 3-R-Methode). U.a. wird die Qualifizierung der geschlechterdifferenzierten Datenbasis zu einer transparenteren Aufschlüsselung der eingesetzten Haushaltsmittel führen und insofern erste Anhaltspunkte dafür liefern, wo sich beispielsweise auch im Sinne von Gender Budget praktischer Handlungsbedarf ergibt. Dementsprechend sollen in einer späteren Phase konkrete Handlungsfelder identifiziert werden (vorstellbar etwa in den Bereichen „Wirtschaftsförderung“ oder „Medien, Informations- und Kommunikationswirtschaft“ oder „Berufsbildungspolitik“), in denen zukünftig geeignete Bewertungs-, Entscheidungs- und Interventionsprozesse nach der Strategie des Gender Mainstreaming einzuleiten sind.

Entsprechende Arbeitsstrukturen zur Durchführung des Pilotprojektes sind im Aufbau. Im Rahmen der Abteilungsleitungssitzungen wird turnusmäßig über den Stand der hausinternen Umsetzung von Gender Mainstreaming berichtet.

## Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg

(2 Pilotprojekte)

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg wird zwei Pilotprojekte in den Bereichen **Sportförderung** und **Bauaufsicht** durchführen.

1. Für den Pilotbereich **Sportförderung** existieren Ergebnisse, die im Rahmen einer Analyse zum Thema „Sportplätze für Mädchen und Frauen im Bezirk Kreuzberg“ (2000) gewonnen werden konnten. Aus der Untersuchung ging hervor, dass Mädchen und Frauen andere Sportwünsche haben und zu einem wesentlich geringeren Prozentsatz in Sportvereinen vertreten sind als Männer und Jungen. Da die Sportvereine vom Bezirkshaushalt erhebliche Zuwendungen erhalten, war aus genderspezifischer Perspektive zu konstatieren, dass die Ausgaben für Frauen/Mädchen und Männer/Jungen ungleich, d.h. nicht geschlechtergerecht verteilt sind. Ausgehend von diesen Feststellungen wurde ein Unterausschuss zur Sportförderung von Mädchen und Frauen eingesetzt. Es wird demnächst eine Arbeitsgruppe gebildet, die den Auftrag hat, Fragen und Ziele zur Implementierung von Gender Mainstreaming in der Sportförderung zu formulieren. Dabei entsteht ein direkter Bezug zu Gender Budget. Auf der Grundlage einer Ist-Analyse soll der Prozess entwickelt werden.
2. Für den Bereich **Bauaufsicht** liegen keine Vorarbeiten vor. Das Thema wird in Kooperation mit der Humboldt-Universität (Institut für Sozialwissenschaften) bearbeitet.

Die Arbeitsgruppenzusammensetzung für beide Pilotprojekte wird derzeit organisiert. Zudem wurde ein bezirkliches Lenkungsgremium eingerichtet, das im Juni zum ersten Mal tagt.

Das Bezirksamt hat bereits einen Beschluss gefasst, alle Daten geschlechtsspezifisch zu erheben. Dazu ist eine Arbeitsgruppe „Geschlechtsspezifische Datenerhebung“ eingerichtet worden, die die verwaltungsinternen Möglichkeiten der Datenerhebung prüft.

## Bezirksamtamt Lichtenberg

(2 Pilotprojekte)

Das Bezirksamt Lichtenberg wird zwei Pilotprojekte durchführen:

1. Zusammenführung von **Evaluation und Gender-Mainstreaming** als durchgängiges Prinzip der Qualitätsentwicklung und -überprüfung für **Kinder- und Jugendfreizeitenrichtungen** des Bezirkes Lichtenberg. Das Projekt beinhaltet die Evaluation öffentlicher und freier Jugendfreizeiteinrichtungen u.a. hinsichtlich der geschlechterdifferenzierten (quantitativen) Inanspruchnahme und der Wirkung der sozialpädagogischen Arbeit auf weibliche und männliche Kinder bzw. Jungen und Mädchen. Für die Bewertung der inhaltlichen Arbeit sowie der Rahmenbedingungen in den Jugendfreizeiteinrichtungen sollen genderspezifische Indikatoren entwickelt werden, damit Mädchen und Jungen durch die sozialpädagogische Arbeit zukünftig geschlechtergerecht angesprochen und unterstützt werden können. Das Pilotprojekt wird durch eine Arbeitsgruppe organisiert. Dabei erfolgen Abstimmungen mit dem Jugendhilfeausschuss und der noch einzuberufenden Arbeitsgruppe Evaluation.
2. **Projektbeirat Stadtumbau Ost**. Begleitung von baulichen Aufwertungsmaßnahmen, die aus Fördermitteln des **Programms Stadtumbau Ost** finanziert werden (Projektidee, Planungskonzept, Umsetzung, Bürgerbeteiligung). Hierzu ist methodisch Folgendes vorgesehen:

- Erhebung gender-relevanter lokaler Ausgangsbedingungen und Bedürfnisse
- Entwicklung und Begleitung von hieraus abzuleitenden Aufwertungsmaßnahmen
- Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung
- Öffentlichkeitsarbeit

Ziel- und Qualitätsindikatoren sind:

- gezielte Zusammensetzung des Beirates (Alter, Geschlecht, Interessengruppen, lokale Akteurinnen und Akteure)
- Empfehlungen des Beirates
- Akzeptanz der Maßnahmen

Die Organisation und Koordination des Pilotprojekts erfolgt durch

- Steuerungsrunden und Beiratssitzungen
- Betreuung durch Abt. Stadtentwicklung
- Mitwirkung von Stadtteilmanagement u. Gleichstellungsbeauftragten

### **Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf**

(3 Pilotprojekte)

Die drei Pilotprojekte des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf sind:

1. Ressortübergreifende Sozialberichterstattung
2. Jahreswirtschaftsbericht
3. Gender Mainstreaming im Jugendbereich

Zu 1. Das Pilotprojekt **Ressortübergreifende Sozialberichterstattung** beinhaltet die Zusammenführung und Bewertung der Daten nach geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten aus den Bereichen Soziales, Jugend, Gesundheit, Schule, Bildung, Kultur und Stadtplanung. Als erster Schritt ist die geschlechterdifferenzierte Datenerhebung und statistische Erfassung sowie Auswertung der bisherigen Planungsergebnisse vorgesehen. Erarbeitet und eingeführt werden sollen Checklisten. Ziel dieses Projektes ist zunächst die Erhebung und Analyse von Sozialdaten unter Berücksichtigung des Gender Mainstreaming Ansatzes. Die Ergebnisse sollen in die künftige Planung und Berichterstattung einfließen.

Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Sozialplanung ist vorgesehen.

Zu 2. Der als Pilotprojekt vorgesehene **Jahreswirtschaftsbericht** wird inhaltlich wie folgt konzipiert:

- Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf (Gewerbebestandsanalyse, Bevölkerungsentwicklung im Bezirk, Arbeits- und Ausbildungsmarktsituation, Insolvenzen)
- Entwicklungsstand in den Branchen (Gewerbegebiete, Gewerbeparks im Zusammenhang mit Produktion, produktionsnahen Dienstleistungen sowie Handel)
- Aufgaben des Amtes für Wirtschaft und Beschäftigungsförderung (Geschäftsbereiche, Ordnungsaufgaben, gestaltende Bereiche)
- Bedeutung der Wirtschaftsförderung in der Region (Existenzgründungen, Bündnis für Wirtschaft und Arbeit, Modellprojekt „Regionalmanagement Marzahn-Hellersdorf“, Organisation und Durchführung des WirtschaftsPartnerTages)

In Bezug auf diese Themenbereiche ist methodisch/konzeptionell vorgesehen:

- Aktualisierung bestehender Daten und geschlechterspezifische Ausrichtung neuer Informationen in Statistiken und Analysen (Grundlage: Primär- und Sekundärdaten zur Situation von Wirtschaft und Gewerbe)
- Darstellung besonderer Gestaltungsspielräume bei zielgruppenorientierten Veranstaltungen (z.B. Existenzgründerinnen, Verbraucherinnen, Seniorinnen usw.) unter Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Besonderheiten
- Auswertung der Datenlage und Nutzung für spätere Zeiträume (Ausblick für das Folgejahr)

Zu 3. **Gender Mainstreaming im Jugendbereich** könnte die Implementierung auf drei Ebenen intendieren: Jugendamt intern, Jugendamt extern (sozialpädagogische Wirkung im Kinder- und Jugendbereich) sowie freie Träger, die Jugendarbeit anbieten. Bezüglich der Anwendung genderrelevanter Methoden und Vorgehensweisen wird konkret verwiesen auf: Information/Fortbildung, Leitbild, Datenerhebung/Statistiken, Zielvereinbarungen und Leistungsbeschreibungen. Als Ziel- und Qualitätsindikatoren werden aufgeführt: Anzahl der Fortbildungen, Arbeitsgruppen, Gender-Plan mit Kriterien und Auswertung (z. B. Vergleich zum Vorjahr), Sachberichte.

### **Bezirksamt Mitte**

(3 Projekte bzw. Bereiche)

Die Arbeitstitel für die geplanten Pilotprojekte lauten:

1. Gender Mainstreaming als Bestandteil der Förderkriterien für Freie Träger im Jugendfreizeitbereich
2. Gender-Aspekte bei der Integration von Musliminnen und Muslimen
3. Plan- und Leitstelle Gesundheit

### **Bezirksamt Neukölln**

(2 Pilotprojekte)

Die vom Bezirksamt Neukölln gemeldeten Pilotprojekte beziehen sich auf die Bereiche **Stadtbibliothek** und **Standesamt** (Geburtenbuch und Namensrecht).

### **Bezirksamt Pankow**

(2 Pilotprojekte)

Das Bezirksamt Pankow wird Gender Mainstreaming ebenfalls ins zwei Bereichen modellhaft erproben und hat folgende Projekte angemeldet:

1. Prüfung der prozentualen Verteilung von Leistungen im Bereich der Suchthilfe und Psychiatriekoordination
2. Unterschiede von Männern und Frauen in der Beratung der Wirtschaftsförderung

Zu 1. Das Projekt ist in der Abteilung Gesundheit und Soziales angesiedelt und wird von der Plan- und Leitstelle federführend durchgeführt. Intendiert ist eine geschlechter-differenzierte Erhebung/Untersuchung in Bezug auf die Zusammensetzung der Leistungsempfängerinnen und -empfänger, Indikationen, Suchtentstehung, Therapieverlauf bzw. Betreuung. Ausgangspunkt ist die Analyse vorliegender Daten und deren Optimierung.

Zu 2. Das zweite Pilotprojekt ist in der Abteilung Kultur und Wirtschaft angesiedelt und wird federführend von der Wirtschaftsförderung durchgeführt. Inhaltlich sollen folgende Fragen untersucht werden:

- Wie viele Männer, wie viele Frauen kommen in die Beratung bzw. wenden sich auf anderem Wege an die Wirtschaftsförderung?
- Mit welchen Problemen/Anliegen wenden sich Frauen und Männer an die Wirtschaftsförderung ?
- Wie verhalten sich Frauen und Männer - fragen Frauen und Männer anders nach oder kommen sie unterschiedlich vorbereitet usw.?

Methodisch ist auch hier zunächst die Prüfung vorhandener Daten vorgesehen. Ziel ist es, eine geschlechterdifferenzierte Datenlage herzustellen.

### **Bezirk Tempelhof-Schöneberg**

(1 Pilotprojekt)

Der Bereich Wirtschaftsförderung wurde als Pilotbereich identifiziert. Derzeit wird noch überlegt, ob ein Pilotprojekt zur Umsetzung von Gender Budget eingerichtet wird.

### **Bezirk Treptow-Köpenick**

(1 Pilotprojekt)

Das Bezirksamt Treptow beteiligt sich mit einem Projekt, das von der Wirtschaftsförderung Treptow-Köpenick durchgeführt wird. Die Projektbezeichnung lautet: **„Statistische Erfassung und Auswertung von Beratungsgesprächen in der Wirtschaftsförderung“**.

Bei dem Projekt soll es insbesondere darum gehen, Geschäftsideen und Beratungsbedarfe von Gründerinnen und Gründern geschlechterdifferenziert zu erfassen und neue Unterstützungsangebote zu sondieren. Dafür werden Protokolle und Checklisten für die Orientierungsberatung entwickelt; die regelmäßige Auswertung von Fragebögen ist ein wesentliches Element des vorgesehenen Controllings.

## Pilotprojekte bzw. -bereiche in Senats- und Bezirksverwaltungen (Tabelle)

(Ohne Steglitz-Zehlendorf, Spandau, Reinickendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf)

<b>Pilotverwaltungen</b> Hauptverwaltung/Bezirke	<b>Pilotprojekte</b>	<b>Pilotbereiche</b>
<b>Senatsverwaltung für Justiz</b>		Justizvollzugsanstalt Döppel Jugendarrestanstalt Berlin
<b>Senatsverwaltung für Stadtentwicklung</b>	Entwicklung eines Gender-Arbeitsforums am Beispiel der Entwicklung der Innenstadt Berlins als Lebenswelt von Frauen und Männern	Abteilung II Städtebau/Projekte - Neues Stadtquartier Chausseestraße (Interessenbekundungsverfahren) - Friedrichswerder, Stadthäuser im Zentrum (kooperatives Gutachterverfahren) - Neugestaltung und Umbau Spittelmarkt/Gertraudenstraße (Investorenauswahlverfahren)
<b>Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz</b>	Gender Mainstreaming in der Krebsvorsorge (Geschlechterdifferenzierte Präventionsstrategie für den Bereich der Inanspruchnahme von Krebsvorsorgeuntersuchungen)	Abteilung Gesundheit und Verbraucherschutz
<b>Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen</b>	Umsetzung von Gender Mainstreaming im Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht (erscheint jährlich)	Abteilungsübergreifend
<b>Bezirksamt Lichtenberg</b>	Evaluation und Gender Mainstreaming als Qualitätskriterium in Kinder- u. Jugendfreizeiteinrichtungen  Projektbeirat Stadtumbau Ost (Fördermittel „Programm Stadtumbau Ost“)	Jugendförderung  Stadtplanung
<b>Bezirksamt Mitte</b>	Gender Mainstreaming als Bestandteil der Förderkriterien für freie Träger im Jugendfreizeitbereich  Gender-Aspekte bei der Integration von Musliminnen und Muslimen	Jugendförderung  Plan- und Leitstelle Gesundheit  Integrationsreferent und Gleichstellungsbeauftragte
<b>Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg</b>	Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Sportförderung  Bauaufsicht	Sportförderung  Bauen
<b>Bezirksamt Neukölln</b>	Geburtenbuch und Namensrecht	Stadtbibliothek Standesamt
<b>Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf</b>	Gender Mainstreaming in der Sozialberichterstattung  Gender Mainstreaming im Jahreswirtschaftsbericht Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit	Soziales  Wirtschaft  Jugendamt/Freizeiteinrichtungen
<b>Bezirksamt Pankow</b>	Gender Mainstreaming im Leistungsbereich der Suchthilfe und Psychatriekoordination Gender Mainstreaming in der Wirtschaftsförderung	Gesundheit/Soziales  Wirtschaft
<b>Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg</b>	Wirtschaftsförderung	Wirtschaft
<b>Bezirksamt Treptow-Köpenick</b>	Gender Mainstreaming in der Wirtschaftsförderung (Statistische Erfassung und Auswertung der Beratungen in der Wirtschaftsförderung)	Wirtschaftsförderung

### 3. Gender Budget

In der konstituierenden Sitzung der Landeskommision am 22. Mai 2003 haben sich die Mitglieder darüber verständigt, dass „Gender Budget“ als instrumenteller Bestandteil des Gender Mainstreaming zu betrachten ist und ein zentral zu bearbeitendes Schwerpunktthema sein soll. Insoweit wird dem Gender Mainstreaming Ansatz in der Berliner Politik und Verwaltung auch in finanzpolitischer Hinsicht Ausdruck verliehen. Mit dieser Entscheidung knüpft die Kommission an den Beschluss des Abgeordnetenhauses (Drs 15/415) v. 28. Juni 2002 über „Finanzpolitische Instrumente des Gender Mainstreaming (Gender Budget)“ an. Der Beschluss sieht vor, *„in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei der Vorlage der Haushaltspläne künftig die Gesamtbreite der jeweiligen Haushaltsansätze Gegenstand einer gendersensiblen Analyse und Berichterstattung gegenüber dem Hauptausschuss wird“*.

In diesem Zusammenhang hat die Kommission für die Einrichtung einer ressort- und verwaltungsübergreifenden Arbeitsgruppe plädiert, welche zunächst bis zur nächsten Sitzung der Landeskommision im September 2003 zwei- bis dreimal tagen soll und entsprechende Fragen über Instrumente, Kriterien und Verfahrensweisen von Gender Budget so klärt, dass die Landeskommision auf der Basis von ersten Zwischenergebnissen Vorbereitungen für die Einführung des Gender-Budget-Verfahrens trifft und die konkrete Implementierung zum Haushaltsplanentwurf 2006 schrittweise erfolgen kann. Die Arbeitsgruppe „Gender Budget“ wird unter der Federführung der Senatsverwaltung für Finanzen erstmals im Juli 2003 tagen. Folgende Bereiche werden in der AG repräsentiert sein:

- Senatsverwaltung für Finanzen (u.a. Haushalt), zugleich Leitung der Arbeitsgruppe
- Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt in Berlin (NGO)
- Steuerungsdienst
- Bezirkliche Pilotverwaltung
- Mitglied des Hauptausschusses
- Wissenschaft (Universität oder Fachhochschule)
- Geschäftsstelle Gender Mainstreaming

Nachdem sich herausstellte, dass während der einjährigen Pilotphase keine Berliner Verwaltung ein Pilotprojekt realisiert, in dem explizit eine Gender-Budget-Analyse durchgeführt wird, ist nunmehr verstärkt darauf hinzuwirken, dass 2004 – mit Beginn der zweijährigen Hauptphase der Umsetzung von Gender Mainstreaming in allen Verwaltungen auf Landes- und Bezirksebene – Bereiche von fachlicher und haushauspolitischer Relevanz definiert werden, in denen Vorbereitungen dafür getroffen werden, dass Maßnahmen zum geschlechtergerechten Haushalt erprobt werden können. Soweit zahlreiche Pilotprojekte bereits jetzt Gender Mainstreaming im Bereich Wirtschaftsförderung, Jugend- und/oder Sportförderung umsetzen, sollte parallel mit der geschlechtsspezifischen Analyse der einzelnen Budgets begonnen werden. Der Einbindung der Bezirke kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als mehrere Bezirke BVV-Beschlüsse (Pankow, Tempelhof-Schöneberg, Charlottenburg, Marzahn-Hellersdorf) zum Thema Gender Budget gefasst haben.

### Schlussbemerkung

Der Bericht dokumentiert, dass in der Berliner Verwaltung Organisationsstrukturen aufgebaut werden konnten, die langfristig eine effektive Umsetzung des Gender Mainstreaming erwarten lassen. Es zeigt sich überdies, dass die konkreten Implementierungsprozesse, die konstitutiv für neue Arbeitsformen und Arbeitsstrukturen sind, begonnen haben. Allerdings

ist der Aufbau von Gender Kompetenz ein (Lern-) Prozess, der einen „langen Atem“ braucht und die permanente Unterstützung der politisch Verantwortlichen und obersten Führungskräfte voraussetzt. Insofern erweist es sich als sinnvoll, zur Implementierung von Gender Mainstreaming in der Berliner Verwaltung ein stufenweises Verfahren gewählt zu haben. Damit wird Raum für Lernprozesse geschaffen, um z. B Themenbereiche zu identifizieren, die für die Erarbeitung und Einführung genderanalytischer Instrumente besonders geeignet (im Sinne von einfach handhabbar) sind und umgekehrt praktische Hemmnisse zur Umsetzung von Gender Mainstreaming leichter erkennen lassen. Vor allem wird die genderspezifische Auseinandersetzung in den Pilotbereichen Aufschluss darüber geben, wo geschlechter-differenzierte Statistiken nicht vorliegen und/oder eine Optimierung vorhandener Datenquellen vorzunehmen wäre, um Gleichstellungsziele und Geschlechtergerechtigkeit zu befördern.

Eine Schlüsselrolle kommt den prozesssteuernden Gremien zu. Dazu existieren bis dato die Landeskommission Gender Mainstreaming, die bezirklichen Treffen mit den Vertreterinnen und Vertretern aus den Pilotbezirken sowie die hausinternen Lenkungsgruppen. Die Benennung von Genderbeauftragten ist annähernd paritätisch erfolgt.

Um Gender Budget – eines der zentralen Themen in der Arbeit der Landeskommission – adäquat anzugehen, hat die Landeskommission die Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Gender Budget“ beschlossen. Erste Zwischenergebnisse darüber, wie die Einführung von Gender Budgets zum Haushaltsplanentwurf des Jahres 2006 erfolgen kann, werden im Herbst dieses Jahres zu erwarten sein.

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 22.07.2003

Der Senat von Berlin

Harald W o l f

.....

Bürgermeister

zugleich

Senator für Wirtschaft,

Arbeit und Frauen